



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Wandsbek
Bezirksversammlung

| | |
|-------------------------|--|
| Beschlussvorlage | Drucksachen-Nr.: 20-6504.1 Datum: 07.11.2018 Status: öffentlich |
|-------------------------|--|

| Beratungsfolge | | |
|----------------|-----------------------------|------------|
| | Gremium | Datum |
| Öffentlich | Bezirksversammlung Wandsbek | 15.11.2018 |

Wie soll Wandsbek sich entwickeln? Initiierung eines Rahmenplans für den Bezirk
Beschlussvorlage des Hauptausschusses

Sachverhalt:

Mit Stimmen von SPD, Grüne, Die Linke und LFG bei Gegenstimmen der CDU mehrheitlich beschlossen, ursprgl. Antrag von SPD und Grüne (Drs. 20-6504).

Hamburg wächst um etwa 20.000 Menschen pro Jahr. Die Zahl unterstreicht, dass Hamburg als besonders attraktiver Lebens-, Wohn- und Arbeitsstandort gilt. Hamburg wird eine vielfältige Stadt der verschiedenen Generationen, Einkommensgruppen und Kulturen bleiben. Die noch vor einigen Jahren befürchtete Überalterung der Großstadtgesellschaft wird nicht eintreten. Eine Prognose, die Hamburg als große Chance für eine positive Zukunftsentwicklung nutzen kann.

Grundvoraussetzung dafür ist die weitere Schaffung bezahlbarer Wohnungen sowie Raum für Gewerbe und Arbeitsplätze. Dabei muss der Erhalt von Natur und Umwelt als natürliche Lebensgrundlage sichergestellt werden.

In Hamburg wurde die Schaffung von Wohnraum seit 2011 erfolgreich vorangebracht. Die rot-grüne Koalition in Wandsbek hat dies stets mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Belange umgesetzt. Ziel ist es, für alle Bürgerinnen und Bürgern ausreichend bezahlbaren Wohnraum anzubieten, ohne unverhältnismäßige Eingriffe in die städtebaulichen Strukturen und die Umwelt vorzunehmen.

Wandsbek ist mit rund 435.000 Einwohnern mit großem Abstand der einwohnerstärkste Bezirk der Stadt. Im Schnitt der letzten drei Jahre wuchs Wandsbek um rund 5.000 Menschen pro Jahr.

Vor dem Hintergrund dieses anhaltenden Trends steht Wandsbek in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Auf die vorhandenen Flächen des Bezirkes, wird der Druck von allen Seiten steigen. Die Flächen werden sowohl für den Wohnungsbau, für soziale Zwecke, für

Sport, Freizeit, Naherholung, Landwirtschaft und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen gebraucht.

Aufgabe der Stadtplanung ist es, jede Fläche so gut zu nutzen, dass der bestmögliche Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Bedarfen geschaffen wird. Mit dem Spannungsverhältnis zwischen der notwendigen städtebaulichen Weiterentwicklung der Stadt und den Belangen der Umwelt, des Natur- und Landschaftsschutzes muss in einer transparenten Abwägung umgegangen werden. Hierzu gehört auch die Wahrung des jeweils ortstypischen Siedlungscharakters. Gleichzeitig müssen auch die sozialen und die verkehrlichen Infrastrukturen Schritt halten.

Die rot-grüne Regierungskoalition will deshalb einen Prozess zur Erarbeitung eines Rahmenplans initiieren. Im Ergebnis sollen zu wichtigen Themenkomplexen wie Wohnen, Verkehr, soziale Infrastruktur sowie Umwelt, Natur und Grünflächen allgemeine Vorgaben für die Entwicklung des Bezirkes erarbeitet werden.

Hierfür sollen aufbauend auf schon vorliegenden Studien, wie z.B. dem WandsbekImpuls oder dem Wandse-Gutachten, Potentialräume analysiert und Entwicklungsmöglichkeiten in breiten Beteiligungsprozessen mit Politik, Verwaltung und der Bevölkerung diskutiert werden. Ziel ist die Schaffung eines politisch und gesellschaftlich breit getragenen Grundgerüsts für die städtebauliche, ökologische, soziale, und verkehrliche Entwicklung des Bezirks.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Wandsbek:

Petition/Beschluss:

Die Bezirksverwaltung wird gebeten, die Entwicklung eines bezirklichen Rahmenplans zu organisieren. Hierzu sollen folgende Schritte erfolgen:

1. In Absprache mit dem Hauptausschuss soll eine bezirksweite Auftaktveranstaltung zur Sammlung von Ideen für eine positive Entwicklung für den Bezirk Wandsbek erarbeitet werden. Grundlage zur Vorbereitung sollen u.a. auch die oben genannten Konzepte und Gutachten sein. Dabei sollen interessierte Bürgerinnen und Bürger und Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Verwaltung, Vereinen, Verbänden und Institutionen (z.B. für Umwelt, Wohnungswirtschaft, Verkehr: ÖPNV, Rad, Auto Bürgervereinen und Sportvereinen) beteiligt werden.
2. Die Ergebnisse der Veranstaltung sollen dem Hauptausschuss vorgestellt werden. Anschließend sollen in Absprache mit dem Hauptausschuss die Themenschwerpunkte für einen Rahmenplanentwurf gesetzt werden.
3. Der so entwickelte Rahmenplanentwurf soll in einem weiteren Dialogverfahren mit der Öffentlichkeit diskutiert und anschließend durch die Bezirksversammlung beschlossen werden.

Anlage/n:

keine Anlage/n